Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft
Sitzung am 04.12.2006

Drucksache Nr. 146/2006 öffentlich

Schwarzwald-Baar-Kreis

Beratung des Haushaltsplanes 2007

Anlagen: keine
Gäste: keine

Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 6. November 2007 den Haushaltsentwurf für 2007 zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

Die Eckdaten des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2007 in der Übersicht:

	Haushalt 2007	**Vergleichswert 2006**
Haushaltsvolumen insgesamt	203.074.000 €	196.818.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	181.777.000 €	177.927.000 €
davon Vermögenshaushalt	21.297.000 €	18.891.000 €
Kreisumlagehebesatz	35,17%	35,42%
Kreisumlage in EURO	59.906.000 €	56.275.000 €
Zuführung vom VwH an den VmH	4.950.000 €	3.648.000 €
Ordentliche Tilgung	2.851.200 €	2.726.200 €
Nettoinvestitionsrate	2.098.800 €	921.800 €
Kreditaufnahmen	7.012.600 €	5.063.400 €
Nettokreditaufnahme	4.161.400 €	2.337.200 €
So genannte rentable Neuverschuldung	4.210.000 €	2.195.000 €
Planmäßiger Schuldenstand zum 31.12.	53.641.000 €	50.181.700 €

Die Beratung im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft erstreckt sich nach den Regelungen der Hauptsatzung auf folgende Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte (UA):

Einzelplan 0	**Allgemeine Verwaltung** **Seite 208 bis Seite 249**	
	2007 **€**	**2006** **€**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	4.000	4.000
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	11.512.150	10.637.650
Sonstige Finanzeinnahmen	185.300	165.300
Gesamteinnahmen	**11.701.450**	**10.806.950**
Personalausgaben	4.560.600	4.482.000
Sach- und Betriebsaufwand	7.387.150	6.587.850
Zuweisungen und Zuschüsse	30.000	30.000
Gesamtausgaben	**11.977.750**	**11.099.850**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-276.300**	**-292.900**

Personalausgaben der Verwaltung

In den Einzelplänen 0 und 1 stellen die Personalausgaben den größten Ausgabenblock dar. Deswegen erfolgen an dieser Stelle einige allgemeine Erläuterungen hierzu.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis betreibt nach wie vor eine äußerst sparsame und restriktive Personalpolitik. Dies belegten Personalausgabenvergleiche, die von verschiedenen Institutionen angestellt wurden. Nach den vom Landkreistag in früheren Jahren durchgeführten Haushaltsvergleichen lag der Schwarzwald-Baar-Kreis jeweils in der Spitzengruppe der Landkreise Baden-Württembergs mit den günstigsten Personalkosten. Leider mussten diese Personalkostenvergleiche nach der Verwaltungsreform aufgegeben werden, weil eine Vergleichbarkeit nicht mehr ohne unverhältnismäßigen Aufwand herstellbar war.

Bei der Berechnung des Gesamtansatzes für die Personalausgaben mussten Mehrausgaben für die gestiegene Versorgungsumlage und für strukturelle Änderungen (Höhergruppierungen und Beförderungen) einkalkuliert werden. Prozentuale Besoldungs- oder Tarifsteigerungen mussten nicht berücksichtigt werden, weil solche laut Tarifvertrag für 2007 nicht vereinbart sind. Die Verwaltung hat sich bei der Veran-

schlagung der Personalkosten für 2007 weitere Einsparungen in Höhe von rund 260.000 € selbst auferlegt. Dadurch gelingt es, die Personalausgaben trotz Steigerungen bei einigen Kostenfaktoren noch unter das Niveau des Jahres 2006 zu drücken. Die Verwaltung leistet damit zum wiederholten Male einen Beitrag dazu, dass die Personalausgaben die Kreisumlage nicht zusätzlich belasten, sondern sogar leicht entlasten.

Die Berechnung der Gesamtpersonalkosten im Haushalt 2007 ist im Detail auf den Seiten 29 und 30 des Haushaltsvorberichts erläutert.

Sach- und Betriebsaufwand (Gruppen 50 bis 66 bei allen Ämtern)

Im Haushaltsentwurf 2007 umfassen die Gesamtausgaben der Hauptgruppen 5 und 6 rd. 66,9 Mio. € (Vorjahr: 67,3 Mio. €). Davon entfallen jedoch über 33 Mio. € auf die Gruppierungen 67 und 68, die hauptsächlich Kostenerstattungen (z. B. Jugendhilfeaufwand der Stadt VS), Interne Leistungsverrechnungen und Kalkulatorische Kosten (Kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen) umfassen, bei denen nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten bzw. keine finanziellen Einsparmöglichkeiten bestehen.

Im Haushaltsentwurf 2007 ist der eigentliche Sach- und Betriebsaufwand in den Hauptgruppen 50 bis 66 mit rd. 33,8 Mio. € ausgewiesen. Das sind 0,5 Mio. € mehr als im Haushalt 2006. Dieser Anstieg ist u.a. mit 0,4 Mio. € auf die Renovierungskosten des erworbenen Verwaltungsgebäudes in Donaueschingen, auf die gestiegenen Energiepreise sowie auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen.

Die wichtigsten Kostenfaktoren der Hauptgruppen 50 bis 66 sind im Vorbericht auf den Seiten 33 bis 36 erläutert.

Verwaltungsreform

Das Verwaltungsreformgesetz (VRG) vom 01. Juli 2004 brachte für die Landkreise die größten Änderungen seit der Kreisreform. Umfangreiche Aufgaben wurden durch dieses Gesetz auf die Landkreise delegiert. Im Rahmen der Verwaltungsreform gingen etwa 280 Mitarbeiter (ohne höheren Dienst) auf den Schwarzwald-Baar-Kreis über.

Die Abgeltung der durch die Verwaltungsreform entstehenden Kosten wird entsprechend dem VRG im Rahmen des Finanzausgleichs vorgenommen. Die Aufwendungen

werden den Landkreisen vom Land nach Abzug einer so genannten Effizienzrendite erstattet. Insgesamt sollen durch die Reform über sieben Jahre 20 % der Kosten der einzugliedernden Behörden eingespart werden. Im Jahr 2007 und in den vier folgenden Jahren wird die Erstattung des Landes um 3 % gekürzt.

Die Einhaltung der Effizienzrendite kann nicht aus dem Haushaltsplan abgeleitet werden. Die Aufwendungen der Reform zeigen sich nicht nur in den Unterabschnitten der einzugliedernden Ämter, sondern sind auch in den Unterabschnitten der Querschnittsbereiche (Hauptamt mit EDV und Kämmerei) enthalten. Außerdem wurden kleinere Bereiche in bestehende Ämter integriert und sind deshalb in deren Ansätzen enthalten.

Die Verwaltung führt den Nachweis über das Erreichen der Effizienzrendite in einer Nebenrechnung für die einzelnen eingegliederten Bereiche und insgesamt. Dieser Nachweis wird sowohl bei der Planung als auch nach dem Ende des Rechnungsjahres im Rechenschaftsbericht geführt. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 wird erstmalig den konkreten Nachweis der Effizienzrendite für das erste Jahr nach der Verwaltungsreform enthalten. Dieser Ausschuss wurde in seiner Sitzung am 10.07.2006 (DS-Nr. 76/2006) vorab über das Ergebnis unterrichtet. Der Vergleichsring „Kommunales Rechnungswesen“, in dem unter der Regie des Landkreistages alle Landkreise in Baden-Württemberg vertreten sind, hat genaue Regeln für die Führung dieses Nachweises erstellt, nach denen auch wir verfahren werden. Dadurch wird erreicht, dass alle Landkreise den Nachweis nach denselben Kriterien führen und somit eine Vergleichbarkeit gegeben ist. Erfasst wird in dieser Nebenrechnung der verwaltungsreformbedingte Mehraufwand.

Die Verwaltung hat im Vorbericht auf Seite 32 die geplanten Kosten und Erlöse der eingegliederten Sonderbehörden für das Jahr 2007 gegenübergestellt und eine Effizienzrendite von 4,08 % errechnet. Die für 2007 vorgegebene Effizienzrendite von 3 % konnte damit erreicht werden.

Neu im Einzelplan 0: Unterabschnitte 0600 und 0665

UA 0600 Verwaltungsgebäude Humboldtstr. 11, Donaueschingen (S. 225)
In diesem Unterabschnitt sind die Einnahmen und Ausgaben für das neue Verwaltungsgebäude in der Humboldtstraße 11 in Donaueschingen veranschlagt. Bereits

mit dem Nachtragshaushalt 2006 wurden hier erstmals Ansätze eingeplant. Für die notwendige Instandsetzung des Gebäudes sind hier 400.000 € veranschlagt. Der Nettoaufwand dieses Unterabschnittes wird im Rahmen der Internen Leistungsverrechnung auf die das Gebäude nutzenden Ämter verteilt. Die Investitionskosten für dieses Gebäude sind im Vermögenshaushalt eingeplant.

UA 0665 GEOinformationssystem (S. 244)

Die Einnahmen und Ausgaben für das GEOinformationssystem (GIS) waren im Haushalt 2006 noch im UA 6120 –Vermessungs- und Flurneuordnungsamt– enthalten. Das GIS wird jedoch nicht nur dort genutzt. Es steht allen Ämtern des Hauses, den Städten und Gemeinden sowie sonstigen Interessenten gegen Kostenerstattung zur Verfügung. Wir haben es daher ab 2007 in einem eigenen Unterabschnitt ausgewiesen. Der Nettoaufwand wird im Rahmen der Internen Leistungsverrechnung umgelegt.

Interne Leistungsverrechnung

Die Steuerungs- und Serviceleistungen des Landratsamtes werden den Produktbereichen im Rahmen der Internen Leistungsverrechnung (ILV) nach verursachungsgerechten Parametern vollständig belastet. Die Auswirkungen zeigen sich zunächst im Einzelplan 0, bei dem fast alle Unterabschnitte mit dem Saldo 0 abschließen, weil ihr zunächst vorhandener Nettoaufwand durch Einnahmen aus der ILV ausgeglichen wird. Auf der anderen Seite steigen die Ausgabeansätze bei den Verursachern entsprechend. Das Volumen der ILV hat von 2006 auf 2007 nochmals um rund 960.600 € zugenommen. Per Saldo gestaltet sich die gesamte Interne Leistungsverrechnung haushaltsneutral.

Zu weiteren Erläuterungen zu diesem Thema verweisen wir auf die Seiten 37 bis 38 im Vorbericht zum Haushaltsplan. Die Zusammensetzung der ILV geht aus den Seiten 94 bis 105 hervor.

Abschnitt 11 (ohne die Unterabschnitte 1130 und 1150)	**Öffentliche Ordnung Seite 250 bis Seite 257**	
	2007 €	**2006 €**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	3.560.000	3.445.000
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	14.350	13.200
Gesamteinnahmen	**3.574.350**	**3.458.200**
Personalausgaben	2.319.700	2.229.100
Sach- und Betriebsaufwand	1.837.500	1.794.200
Gesamtausgaben	**4.157.200**	**4.023.300**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-582.850**	**-565.100**

Im Einzelplan 1 steigt der Nettoaufwand um knapp 43.000 € an. Neben Veränderungen, die sich gegenseitig aufheben, resultiert der Mehraufwand allerdings vornehmlich aus höheren Internen Leistungsverrechnungen.

Bei den Einnahmen aus Steuern und Allgemeinen Zuweisungen sind vor allem die veranschlagten Mehreinnahmen bei der Bußgeldstelle in Höhe von 130.000 € zu erwähnen. Um der zunehmenden Zahl von Unfällen durch Geschwindigkeitsüberschreitungen zu begegnen, muss die mobile Geschwindigkeitsüberwachung intensiviert werden. Dies hat jedoch auch höhere Personal- und Sachausgaben zur Folge, die in die Ansätze eingearbeitet sind. Der Investitionsbedarf ist bei den Ausführungen zum Abschnitt 11 des Vermögenshaushalts in dieser Vorlage erläutert.

Bei der Straßenverkehrsbehörde, UA 1110, muss der Ansatz für Gebühreneinnahmen gegenüber dem Vorjahr etwas zurück genommen werden, weil die Hagelschäden in diesem Jahr und die anstehende Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten in das Jahr 2006 und damit zu geringeren Zulassungszahlen im Jahr 2007 führen.

Änderung gegenüber dem Haushaltsentwurf

HHSt. 1100.0610, Ordnungsamt, S. 250

Bei den Gebühreneinnahmen sind 150.000 € veranschlagt. Dieser Ansatz muss auf den Vorjahreswert von 110.000 € zurückgenommen werden (-40.000 €). Die aktuelle Entwicklung wie auch das Jahresergebnis 2005 zeigen, dass wir bei der Ermittlung des Ansatzes von zu hohen durchschnittlichen Gebühreneinnahmen pro Fall ausgegangen sind. Zudem sind die Fallzahlen stärker rückläufig, womit sich abzeichnet, dass die aufgrund der Neukalkulation der Verwaltungsgebühren etwas höheren Gebühreneinnahmen neutralisiert werden.

Abschnitt 79	**Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr Seite 415 bis Seite 419**	
	2007 €	**2006 €**
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	9.486.000	8.960.600
Gesamteinnahmen	**9.486.000**	**8.960.600**
Personalausgaben	292.500	349.300
Sach- und Betriebsaufwand	7.544.400	6.973.800
Zuweisungen und Zuschüsse	3.216.750	3.108.900
Gesamtausgaben	**11.053.650**	**10.432.000**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.567.650**	**-1.471.400**

ÖPNV und Schülerbeförderung, Unterabschnitt 7920, S. 417 – 419

Der aus Kreismitteln zu finanzierende Nettoanteil im UA 7920 –Förderung des ÖPNV / Schülerbeförderung– steigt gegenüber dem Vorjahr um rd. 105.000 € oder 9% auf 1.274.400 € an.

Die deutlichsten Abweichungen ergeben sich bei den Ansätzen für den Ringzug. Die Einnahmen erhöhen sich gegenüber 2006 um 638.000 €. Im Wesentlichen ist dies auf die höheren Zuweisungen nach § 6a AEG zurückzuführen. Hierbei handelt es sich um Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr im Schienenverkehr. Sie entsprechen den Zahlungen nach § 45a PBefG für den Ausbildungsverkehr mit Bussen. Die bisherige Veranschlagung beruhte auf den niedrigeren pauschalen gesetzlichen Werten, die der Ringzug zu beanspruchen hatte. Diese Zahlungen erhöhen

sich jedoch wesentlich, wenn in einem aufwändigen Verfahren individuelle höhere Werte bei den Reiseweiten der Auszubildenden nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wurde beim Ringzug erbracht und gegenüber dem Land geltend gemacht. Das Land hatte dies zum Jahresende 2005 anerkannt und auch die Nachzahlungen für die bisherige Betriebszeit seit 2003 geleistet. Dies führte zu den bekannten Verbesserungen im UA 7920. Für 2007 haben wir nun die Einnahmen nach § 6a AEG auf der Basis der anerkannten individuellen Werte vorgenommen. Auf der Ausgabenseite haben wir Mehrausgaben von 371.000 € veranschlagt. Hier besteht ein direkter Zusammenhang mit den o.g. Mehreinnahmen nach § 6a AEG. Durch diese Mehreinnahmen verbessert sich die finanzielle Situation des Zweckverbandes Ringzug, während die vertraglichen Regelungen und die Mehrzahlungen nach § 6a AEG zu Lasten des Landes gehen. Die drei Landkreise befinden sich derzeit mit dem Land in Verhandlungen wegen der künftigen Finanzierung des Ringzugs.

Die Ausgaben für den Tarifverbund steigen gegenüber dem Vorjahresansatz in der Summe um 49.000 € oder 2 % auf 2.179.000 €. Wegen der immer stärker zunehmenden Belastung der Verkehrsunternehmen durch die Kürzungen bei den Fördermitteln (u.a. Kürzung der Fördergelder im Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG/§ 6a AEG durch Koch/Steinbrück, Kürzung der Busförderung des Landes) wird sich das Verbundergebnis im Vergleich zu den Vorjahren verschlechtern. Dies hat zur Folge, dass die vertraglich festgelegte Verlustabdeckung durch den Landkreis ansteigen wird. Durch Einsparmaßnahmen und regelmäßige moderate Tariferhöhungen versuchen die Verkehrsträger, die Folgen der Kürzungen abzufangen und somit auch die Erhöhung der Verlustabdeckung durch den Kreis einzudämmen. Für das Jahr 2007 wird von einem Anstieg des Defizits um etwa 40.000 € ausgegangen.

Die Zuschüsse für den Nahverkehr (HHSt. 7920.7180) erhöhen sich um 31.000 € auf 681.000 €. Im Wesentlichen handelt es sich um Mehrausgaben für den Hintervillinger Raum von 14.000 € (hier konnten geplante Angebotskürzungen nicht in vollem Umfang realisiert werden) und 9.000 € für die Aktion „Fahrkarte statt Führerschein“. Dieses Angebot wird in zunehmendem Maße – insbesondere seit es bundesweit in den Medien (ARD-Ratgeber Recht) publiziert wurde –angenommen (2006 gegenüber 2005: +30 %). Gleichzeitig entlasten diese Zahlungen jedoch den Landkreis bei der Verbundförderung, da die Einnahmen aus den zusätzlichen Jahreskarten den Verbundverlust entsprechend reduzieren.

Unterabschnitt 8270	**Verkehrslandeplatz** **Seite 420**	
	2007 **€**	**2006** **€**
Gesamteinnahmen	**0**	**0**
Zuweisungen und Zuschüsse	15.400	15.400
Gesamtausgaben	**15.400**	**15.400**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-15.400**	**-15.400**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat am 10. Oktober 2005 beschlossen, den Betriebszuschuss an die Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH von 12.500 € auf 15.400 € anzuheben (DS-Nr. 123/2005). Dementsprechend wurde auch im Haushaltsentwurf 2007 veranschlagt.

Einzelplan 9	**Allgemeine Finanzwirtschaft** **Seite 425 bis Seite 428**	
	2007 **€**	**2006** **€**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	92.191.000	88.588.000
Sonstige Finanzeinnahmen	6.537.100	8.996.950
Gesamteinnahmen	**98.728.100**	**97.584.950**
Sonstige Finanzausgaben	16.081.500	17.461.400
Gesamtausgaben	**16.081.500**	**17.461.400**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**82.646.600**	**80.123.550**

Schlüsselzuweisungen, HHSt. 9000.0411

Über diese Zuweisungen aus dem Finanzausgleich partizipieren die Landkreise an den Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Dabei wird nach vorgegebenen Kriterien ein Finanzbedarf je Landkreis ermittelt. Diesem Bedarf wird die jeweilige Steuerkraft gegenübergestellt. Die Steuerkraft berechnet sich aus den Grunderwerbsteuereinnahmen und den Einnahmen aus der Kreisumlage, wobei nicht der Hebesatz des jeweiligen Landkreises, sondern der Durchschnittssatz der Landkreise in Baden-Württemberg zugrunde gelegt wird.

Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen wurden uns vom Landkreistag mit RdSchr. Nr. 475/2006 vom 19.07.2006 ein Kopfbetrag von 415 € und eine Ausschüt-

tungsquote von 71 % empfohlen. Dementsprechend wurde im Haushaltsentwurf veranschlagt. Am 09.11.2006 ging in unserer Verwaltung der Entwurf des Haushaltserlasses für 2007 ein. Danach werden für die Schlüsselzuweisungen als Orientierungsdaten ein Kopfbetrag von 421 € und eine Ausschüttungsquote von 72 % mitgeteilt. Das ergibt gegenüber dem Ansatz im Haushaltsentwurf Mehreinnahmen von rd. 1,1 Mio. €. Insgesamt sind damit die Schlüsselzuweisungen für 2007 mit 15,8 Mio. € um knapp 1,5 Mio. € höher als im Vorjahr. Die Ursache hierfür liegt in den relativ stark gestiegenen Gemeinschaftssteuern (+ 8,6 % bis Oktober 2006). Auch die Kreisgemeinden dürfen sich über entsprechende Mehreinnahmen freuen.

Änderung gegenüber dem Haushaltsentwurf:

Die Verwaltung schlägt vor, den Ansatz für die Schlüsselzuweisungen bei HHSt. 9000.0411 von 14.698.000 € auf 15.819.000 € zu erhöhen.

Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611

Im Haushalt 2006 wurden die Einnahmen auf 5,4 Mio. € veranschlagt. In den ersten 11 Monaten des Jahres 2006 liegen die Steuereinnahmen bei 5,6 Mio. €. Das Ergebnis zum Jahresende wird etwa 6,1 Mio. € betragen. Der Ansatz von 5,4 Mio. € würde damit um 700.000 € überschritten. Drei Gründe sind für diese Verbesserung maßgeblich. Zum einen ist es der Wegfall der Eigenheimzulage auf Ende 2005, zum anderen ein einmaliger Sonderzufluss, der eigentlich schon 2005 erwartet und veranschlagt worden war, tatsächlich aber erst in 2006 einging, und zuletzt führt auch die Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten. Die Auswirkungen der beiden erstgenannten Faktoren werden deutlich, wenn man die Steuereinnahmen der ersten drei Monate der Jahre 2005 und 2006 vergleicht. Die Einnahmen in diesem Zeitraum des Jahres 2006 sind um 900.000 € höher als im Vorjahr. Würde man das prognostizierte Jahresergebnis um diesen Betrag bereinigen, dürfte der Ansatz für 2007 nur bei 5,2 Mio. € liegen. Die Verwaltung hat den neuen Ansatz im Haushaltsplan 2007 mit 5,4 Mio. € leicht über dem bereinigten Wert für 2006 angesiedelt.

Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG für die 1995 eingegliederten unteren Sonderbehörden, HHSt. 9000.0613

Diese Zuweisungen wurden bis zum Jahr 2004 auf die drei Ämter Gesundheitsamt, Amt für Wasser- und Bodenschutz und Veterinäramt aufgeteilt. Dies entsprach nicht

den Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften. Seit 2005 werden diese Zuweisungen wie auch die Zuweisungen für die Verwaltungsreform im Unterabschnitt 9000 veranschlagt. Die Zuweisungen betragen 2,15 % aus 83,1 Mio. € und ergeben damit für unseren Landkreis 1,786 Mio. €.

Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG für die Verwaltungsreform, HHSt. 9000.0614

Das Land erstattet den Landkreisen pauschal die Kosten der Verwaltungsreform. Nach § 11 Abs. 5 erhält unser Landkreis 2,465 % aus 301,8 Mio. €. Der sich daraus ergebende Betrag von 7,439 Mio. € berücksichtigt eine Dynamisierung von 1% und einen Abschlag von 3 % (Effizienzrendite). Einen Teil dieser Zuweisung in Höhe von 182.000 € haben wir als Deckungsmittel für die Finanzierung notwendiger Fahrzeuganschaffungen für die Straßenunterhaltung im Vermögenshaushalt bei HHSt. 6510.3610 veranschlagt. Der Differenzbetrag von 7,257 Mio. € ist bei HHSt. 9000.0614 ausgewiesen.

Kreisumlage, HHSt. 9000.0720

Basis für die Berechnung der Kreisumlage im Jahr 2007 sind bekanntlich die Steuerkraftsummen der Gemeinden des Jahres 2005. Die Summe der gemeindlichen Steuerkraft ist in unserem Landkreis um 7,2 % auf 170.335.000 € gestiegen (im Vorjahr betrug die Steigerung 2,55 %). Der markante Anstieg der Steuerkraftsummen der Gemeinden bringt die Kreisfinanzen über die Kreisumlage wieder in den grünen Bereich. Getrübt wird diese positive Entwicklung lediglich noch dadurch, dass große Teile der Mehreinnahmen für die hohen Belastungen aus Hartz IV eingesetzt werden müssen. Mit der bereits genannten Steuerkraftsteigerung liegt der Schwarzwald-Baar-Kreis an der Spitze im Regierungsbezirk Freiburg und deutlich über dem Landesdurchschnitt von 2,4 %. Noch im vergangenen Jahr war es umgekehrt. Es scheint so zu sein, dass der Schwarzwald-Baar-Kreis der allgemeinen Entwicklung im Land mit einer einjährigen Verzögerung folgt.

Der Anstieg der Steuerkraftsummen mit seinen positiven Auswirkungen auf die Kreisumlage reicht aus, um die Mehrbelastungen, insbesondere für die Soziale Sicherung und dort hauptsächlich für Hartz IV, zu kompensieren und darüber hinaus eine um 1,3 Mio. € erhöhte Zuführung an den Vermögenshaushalt darzustellen. Die Zuführung liegt mit 4,95 Mio. € über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzuführung von

2,85 Mio. €. Sie ist in dieser Höhe allerdings dringend erforderlich, um die Kreditaufnahmen im Vermögenshaushalt auf die so genannten rentablen Investitionen zu begrenzen. Unter den beiden Alternativen, entweder die Kreditaufnahmen weiter zu vermindern oder die Kreisumlage leicht zu senken, hat sich die Verwaltung im Haushaltsentwurf für die Letztere entschieden. Der Kreisumlagehebesatz geht danach im Entwurf 2007 um 0,25 Punkte auf 35,17 % zurück. Für das laufende Haushaltsjahr 2006 wurde der Kreisumlagehebesatz vom Kreistag auf 35,42 % festgesetzt. Der Landesdurchschnitt liegt bei 36,42 %. Der Schwarzwald-Baar-Kreis liegt damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Zuweisung eines Teils des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngelds HHSt. 9000.0920

Die Gesamtsumme des durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes wurde für Baden-Württemberg auf 132 Mio. € berechnet. Das Land leitet diese Gelder nicht wie vorgesehen an die Stadt- und Landkreise weiter, sondern zieht hiervon im Blick auf die eigene prekäre Finanzsituation 99 Mio. € ab als Anteil der Kommunen aus der Belastung bei der Neuverteilung der Umsatzsteuer zu Gunsten der neuen Länder. Die verbleibende Summe von 33 Mio. € wird an die Landkreise verteilt nach dem jeweiligen Anteil an den Aufwendungen für den besonderen Mietzuschuss nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes. Der Ansatz orientiert sich an der Vorschussleistung für das Jahr 2006 und wurde mit 615.000 € in den Haushaltsentwurf eingestellt.

FAG-Umlage, HHSt. 9000.8310

Der Umlagesatz für die Finanzausgleichsumlage beträgt 22,10 % der Summe aus Schlüsselzuweisungen und Grunderwerbsteuer im zweitvorangegangenen Jahr. Die an das Land zu bezahlende Umlage liegt 2007 mit 3,932 Mio. € um 376.000 € über dem Vorjahresansatz. Der Anstieg ist durch höhere Schlüsselzuweisungen in 2005 verursacht.

LWV-Umlage, HHSt. 9000.8321 und 9000.8322

Die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband Baden in Abwicklung, die hauptsächlich zur Abdeckung von Fehlbeträgen früherer Jahre dient, soll nach Informationen vom LWB i.A. von 0,4 % auf 0,5 % und damit von 700.000 € auf 941.000 € erhöht werden. Für die Erfüllung eines kleineren Teils der Aufgaben der bisherigen Landes-

wohlfahrtsverbände wurde der Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg gegründet. Der KVJS hat angekündigt, dass die bisherige Haushaltsentwicklung eine deutliche Umlagesenkung um ca. 40 % erlaubt. Zum Ausgleich des Finanzbedarfs dieses Verbandes muss der Landkreis deshalb eine Umlage von 853.000 € veranschlagen; das sind 653.000 € weniger als der Vorjahresansatz.

Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt, HHSt. 9100.8600
Die Zuführung ist im Haushaltsentwurf mit 4.950.000 € veranschlagt.

Die Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung in Höhe von 2.851.200 € ist damit zunächst deutlich überschritten. Die Zuführung ist in dieser Höhe jedoch erforderlich, um die Kreditaufnahmen für die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Grenzen zu halten. Die Nettoinvestitionsrate beträgt rd. 2,1 Mio. € (Vorjahr 5.800 €).

Durch die beiden in dieser Vorlage vorgeschlagenen Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf beim Unterabschnitt 1100 und bei den Schlüsselzuweisungen sowie durch die empfehlenden Beschlüsse des Ausschusses für Bildung und Soziales würde sich die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt um 1.535.500 € erhöhen. Werden Vorstellungen in den Kreistagsfraktionen, den Hebesatz für die Kreisumlage auf 35,0 % senken, in Beschlüsse umgesetzt, würde sich die Mehrzuführung auf 1.246.000 € reduzieren. Die Kreditaufnahmen im Vermögenshaushalt könnten bei ansonsten unveränderten Ansätzen entsprechend verringert werden.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0	**Allgemeine Verwaltung** **Seite 434 bis Seite 458**	
	2007 **€**	**2006** **€**
Gesamteinnahmen	**1.900**	**5.800**
Gesamtausgaben	**3.256.600**	**368.100**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-3.254.700**	**-362.300**

Allgemeine Bemerkungen zum Erwerb von beweglichen Sachen im Vermögenshaushalt

In den folgenden Abschnitten und Unterabschnitten sind hauptsächlich Neu- und Ersatzbeschaffungen für die Informations- und Kommunikationstechnik im Landratsamt veranschlagt.

Besondere Anschaffungen von beweglichen Sachen des Anlagevermögens in der Gruppierung 9350 sind in dieser Vorlage beim jeweiligen Abschnitt oder Unterabschnitt erläutert. Soweit es sich um übliche Neu- oder Ersatzbeschaffungen handelt, verweisen wir auf die Erläuterungen auf den entsprechenden Haushaltsseiten.

Unterabschnitt 0600, S 442

Hier sind in Ergänzung zum Nachtragshaushalt 2006 die restlichen Investitionskosten für den Erwerb und den Umbau des Verwaltungsgebäudes in der Humboldtstraße 11 in Donaueschingen veranschlagt. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten sowie der Aufteilung der Gesamtmaßnahme auf die Jahre 2006 und 2007 wird auf S. 5 des Vorberichts zum Nachtragshaushalt 2006 verwiesen. In den Ansätzen 0600.9320 und 0600.9350 ist der Kaufpreis mit 2.180.000 € sowie 100.000 € für Einrichtungen (z.B. Theken für Kfz-Zulassung, Rollregalanlage usw.) veranschlagt. Im Ansatz 0600.9400 sind hauptsächlich die Sanierung der Außenfassade mit 500.000 € und restliche Erweiterungsarbeiten für ein Nebengebäude mit 85.000 € enthalten.

HHSt. 0610.9350, S. 443

Im Haushalt 2006 waren u.a. für die Erneuerung der Steuerungstechnik und für eine Notstromversorgung insgesamt 90.000 € veranschlagt. Die mit Hilfe eines Ingenieurbüros erarbeiteten Planungen für eine Notstromversorgung des Verwaltungsgebäudes Am Hoptbühl 2 ergaben, dass dieser Ansatz allein für die Notstromversorgung benötigt wird. Deshalb ist im Haushalt 2007 nochmals ein Teilansatz für die Erneuerung der Steuerungstechnik des Landratsamtsgebäudes eingeplant. Ein entsprechendes Konzept wird derzeit in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro erarbeitet.

IuK-Anschaffungen, HHSt. 0660.9350, S. 454

Im Unterabschnitt 0660 sind die Anschaffungen veranschlagt, die für die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit der IuK-Technik im Landratsamt erforderlich sind. Dabei wurde nur der notwendigste Bedarf veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Ansatz um knapp 40.000 € auf 255.000 € erhöht. Davon entfällt ein Teil auf verwaltungsreformbedingte Investitionen, deren Abschreibungen über die FAG-Erstattung refinanziert werden und in den Nachweis der Effizienzrendite einfließen.
Was unter den technischen Begriffen der Einzelmaßnahmen zu verstehen ist, kann bei Bedarf in der Sitzung erläutert werden.

Abschnitt 11 (ohne UA 1130)	**Öffentliche Ordnung** **Seite 459 bis Seite 462**	
	2007 **€**	**2006** **€**
Gesamteinnahmen	**0**	**0**
Gesamtausgaben	**173.900**	**20.700**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-173.900**	**-20.700**

Beim Unterabschnitt 1105 ist die Anschaffung eines Fahrzeugs für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung (31.000 €) mit Messgerät, Fotoeinrichtung, Blitzeinheit (zusammen 51.000 €), Software (21.000 €) sowie Messausstattung und Arbeitsplatz (14.000 €) mit insgesamt 120.000 € veranschlagt. Mit dieser Anschaffung soll das 15 Jahre alte Fahrzeug incl. Messanlage (für die es keine Ersatzteile mehr gibt) ersetzt werden, das der Landkreis im Zuge der Verwaltungsreform von der Polizei übernommen hat. Die Gesamtkosten dieser Anschaffung belasten den Kreishaushalt nach den Berechnungen der Verwaltung nicht. Sie werden durch Einnahmen aus Verwarnungen und Bußgelder gedeckt.

Unterabschnitt 7920	Förderung des ÖPNV / Schülerbeförderung Seite 515	
	2007 €	2006 €
Gesamteinnahmen	0	0
Gesamtausgaben	800	400
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-800	-400

Die DB hatte erhebliche Mehrkosten für den Bau der Ringzughalte angekündigt und einen entsprechend höheren Kostenanteil des Landkreises angefordert (siehe DS-Nr. 107/2005 der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Wirtschaft vom 10.10.2005). Die DB hat den Landkreisen jedoch bis heute keine detaillierten Abrechnungen und nachvollziehbare Begründungen für die Mehrkosten vorgelegt. Außerdem steht immer noch nicht fest, ob und in welcher Höhe diese Mehrkosten nach dem GVFG zuschußfähig sind, da das Land über die von der DB vorgelegten Nachträge noch nicht entschieden hat. Die Verwaltung hat deshalb auch für 2007 keine Haushaltsmittel veranschlagt. Aus 2005 steht noch ein Haushaltsrest von 367.000 € zur Verfügung, der am Jahresende erneut übertragen wird.

Einzelplan 9	Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft Seite 518 bis Seite 520	
	2007 €	2006 €
Gesamteinnahmen	19.129.300	18.806.400
Gesamtausgaben	10.017.900	13.737.200
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	9.111.400	5.069.200

Kreditaufnahmen, Nettoinvestitionsrate und Fehlbetragsabdeckung

Der Landkreis weitet im Haushalt 2007 seine Verschuldung nominal weiter aus. Auch wenn man berücksichtigt, dass mehr als 12 Mio. € Schulden auf so genannte rentable Einrichtungen entfallen, liegen wir auf dem höchsten Stand der Kreisgeschichte. Diese Verschuldung war notwendig, um wichtige Investitionen in die Infrastruktur des Landkreises zu finanzieren. Allerdings musste der Landkreis gerade in den letzten Jahren z.B. EDV-Geräte oder Büromöbel mit einer Lebensdauer von 5 bis 10 Jahren mit Krediten finanzieren, die erst in etwa 25 Jahren getilgt sein werden!

Beim Thema Verschuldung muss berücksichtigt werden, dass jede Million an neuen Krediten bis zur Tilgung nach ca. 25 Jahren die künftigen Haushalte mit einem Zinsaufwand von über 700.000 € belastet. Der Zinsaufwand muss letztlich aus der Kreisumlage finanziert werden. Ein wirksames und dauerhaftes Instrument zur Entlastung der Kreisumlage stellt damit der Verzicht auf neue Kredite bzw. der Abbau der Verschuldung dar, wenn es die Situation erlaubt.

Aus Sicht der Verwaltung sollte zur Konsolidierung der Kreisfinanzen und zur dauerhaften Entlastung der Gemeinden das Ziel angestrebt werden, die „nicht rentable“ Verschuldung von planerisch etwa 41 Mio. € zum Jahresende 2007 mittelfristig auf das Niveau Ende der 90er Jahre zu senken, das bei etwa 32 Mio. € lag. Ein erster bedeutender Schritt in diese Richtung wäre die Verwendung der Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt (Schlüsselzuweisungen und Bundesbeteiligung Hartz IV) für die Verminderung der Kreditaufnahmen.

Zur Finanzierung der Investitionen im Vermögenshaushalt 2007 sind **Kreditaufnahmen** von rund 7 Mio. € vorgesehen. Die ordentliche Tilgung incl. Tilgung innerer Darlehen ist mit rd. 2,8 Mio. € veranschlagt. Damit ergibt sich eine Nettoneuverschuldung von rd. 4,2 Mio. €. Zum Ende des Haushaltsjahres 2006 würde die Verschuldung des Landkreises demnach voraussichtlich bei knapp 53,5 Mio. € liegen. Umgerechnet ergäbe dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von 252 €. Ein Vergleich dieses Wertes mit dem Landesdurchschnitt ist erst möglich, wenn alle Haushalte beschlossen sind. Der Spielraum zur Verminderung der Kreditaufnahmen, der sich durch zwischenzeitlich bekannt gewordene Haushaltsverbesserungen ergibt, kann erst nach Abschluss der Vorberatungen in den Fachausschüssen beziffert werden.

Von den Kreditaufnahmen des Jahres 2007 können 1,5 Mio. € der kostenrechnenden Einrichtung Internat und 2,7 Mio. € dem erworbenen Verwaltungsgebäude in Donaueschingen zugeordnet werden, bei dem sich der Schuldendienst aus eingesparten Mieten finanziert. Die eingeplanten Nettokreditaufnahmen entfallen damit vollständig auf so genannte „rentable“ Investitionen.

Die **Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt** ist mit 4,95 Mio. € so kalkuliert, dass die ordentliche Tilgung sowie die Tilgung Innerer Darlehen abgedeckt ist und außerhalb der so genannten rentablen Investitionen eine Neuverschuldung vermieden werden kann. Die zwischenzeitlich bekannt gewordenen Verbesserungen sollten zur Reduzierung der Kreditaufnahmen eingesetzt werden.

Eine **Fehlbetragsabdeckung** ist im Haushalt nicht eingeplant. Der positive Haushaltsverlauf des Jahres 2006 wird die vollständige Abdeckung des Fehlbetrags aus 2004 und die teilweise Abdeckung des Fehlbetrags 2005 ermöglichen. Die restliche Fehlbetragsabdeckung des Fehlbetrags 2005 ist nach der Kommunalen Finanzplanung für das Jahr 2008 vorgesehen.

Ergebnisse der Ausschussberatungen

Ausschuss für Bildung und Soziales

Der Ausschuss für Bildung und Soziales hat in seiner Sitzung am 20.11.2006 einstimmig die Empfehlung an den Kreistag beschlossen, den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teilen des Haushaltsentwurfs mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

1. Der Ansatz für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft bei HHSt. 4820.1910 wird um 460.000 € auf 5.410.000 € erhöht.
2. Der Zuschuss an Caritas für die Tagesstätte psychisch Kranker bei HHSt. 4330.7020 wird um 2.500 € auf 97.000 € erhöht.
3. Der Zuschuss für die ambulante Fachberatung für Wohnsitzlose bei HHSt. 4350.7020 wird um 1.000 € auf 53.000 € erhöht.
4. Bei der neuen HHSt. 4350.7021 wird ein Sachkostenzuschuss an die AWO in Höhe von 2.000 € zum Betrieb der Tagesstätte „Wärmestube im Paradies“ für wohnungslose Menschen veranschlagt.
5. Der Ansatz bei HHSt. 2430.9411 von 170.000 € zur Umgestaltung des Eingangsbereichs zur Saarlandstraße bei der Landesberufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe wird gestrichen.

6. Für die Linachtalsperre wird bei HHSt. 3650.9861 ein Zuschuss von 50.000 € als erster Teilbetrag eines Gesamtzuschusses von 100.000 € veranschlagt. Der Restbetrag wird im Haushalt 2008 eingestellt.

Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss hat den Haushaltsentwurf in seiner Sitzung am 23.11.2006 vorberaten. Über das Ergebnis der Beratung wird dem Ausschuss in der Sitzung mündlich oder durch eine Sitzungsvorlage berichtet.

Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit

Die Haushaltsvorberatung durch den Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit findet erst nach dem Druck dieser Vorlage am 27.11.2006 statt. Über das Ergebnis der Beratungen wird dem Ausschuss in der Sitzung mündlich oder durch eine Tischvorlage berichtet.

Budgetplan 2007

Der Budgetplan ist auf den Seiten 107 bis 165 abgedruckt. Die Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke finden sich auf den Seiten 112 bis 115.

Kommunale Finanzplanung

Die Kommunale Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2010 ist auf den Seiten 581 bis 597 des Haushaltsentwurfs abgedruckt und im Vorbericht auf den Seiten 69 bis 72 erläutert.

Stellenplan

Der Stellenplan des Jahres 2007 ist auf den Seiten 609 bis 620 des Haushaltsentwurfs abgedruckt. Eine Übersicht über die neuen und einzusparenden Stellen ist auf Seite 621 dargestellt.

Beschlussvorschlag an den Kreistag

1. Den in der Vorlage aufgeführten Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten sowie der Kommunalen Finanzplanung und dem Stellenplan wird einschließlich der nachträglich vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt.

2. Die Haushaltssatzung 2007 wird auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

3. Der Budgetplan wird zur Kenntnis genommen.

4. Die im Budgetplan enthaltenen Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke werden beschlossen.